

Superrotes Infoblatt

Kommunalpolitische Informationen der KPÖ Linz

KPÖ

linz.kpoe.at



Nach der Corona-bedingten Absage von 2020 gab es heuer am 1. Mai wieder die traditionelle Mayday-Demo durch die Landstraße. Ein Schwerpunkt dabei die Erhaltung des Aktivpasses.

Die soziale Stimme in Linz

Eine Stimme für alle, die keine Lobby haben.
Das ist das Markenzeichen der KPÖ mit Gemeinderätin Gerlinde Grün.

Auf Initiative der KPÖ geht die Einführung des städtischen Kautionsfonds für leistbares Wohnen zurück. Auch konnte eine Verbesserung beim Linzer Corona-Solidaritätsfonds erreicht werden. Und durch den

beharrlichen Einsatz für den Aktivpass konnte dessen Verschlechterung verhindert werden. Ohne die KPÖ im Linzer Gemeinderat gäbe es keine klare Stimme für die sozialen Anliegen der Bevölkerung. Mit

dem Motto „Die Stadt gehört uns allen!“ für ein soziales und lebenswertes Linz geht die KPÖ als Team rund um Gemeinderätin Gerlinde Grün in die Wahl im Herbst (Mehr dazu auf Seite 2 und 3).



Gerlinde Grün
KPÖ-Gemeinderätin

Eine App macht nicht satt!

Vieles fehlt im neuen Sozialprogramm. Konkrete Hilfe ist nötig.

Vielen sind noch die Kürzungen der Stadtregierung in Erinnerung. Das Aus für das kostenlose Mittagessen in den Kindereinrichtungen oder die Schließung von Seniorentreffs. Vor Corona war der Rückbau des Sozialen angesagt.

Das neue Sozialprogramm präsentiert nun die Einsicht, dass es mehr statt weniger soziale Angebote braucht. Kosten soll das

natürlich möglichst wenig. Am besten eine Service-App fürs Handy. Armutsbekämpfung ohne ausreichend Geld funktioniert aber nicht, denn bekanntlich macht eine App nicht satt.

Dringend nötig wäre ein Unterstützungsfonds für Mietrückstände, die Ausweitung des Aktivpasses, eine aktive Wohnungspolitik oder die Aufstockung des Sozialfonds.



Volksbefragung unterstützen!

Die ASFINAG will die Bahn- hofsbahn A26 bauen. Neben noch mehr Gestank, Lärm und Abgasen bringt der Autobahntunnel zusätzliche Staus in die Innenstadt.

Zusammen mit der geplanten Ostautobahn würden die täglichen Autofahrten um 80.000 auf über 500.000 ansteigen. Die Ostautobahn soll durch den Linzer Süden und die Traunauen verlaufen, durch wertvolles Natura 2000-Gebiet und das Naherholungsgebiet Schiltberg. Wenn jeweils 6.100 Menschen die Einleitung zweier Volksbefragungen unterschreiben, dann können alle LinzerInnen demokratisch entscheiden: Zurück in die Vergangenheit einer autofixierten oder vorwärts in eine umweltfreundliche, gesunde Stadt. Statt neue Autobahnen wird der Vorrang von Bahn, Bus, Bim, Rad und Fuß gefordert. Das ist gut für Gesundheit und Lebensqualität, alternativlos für Klima-, Umwelt- und Naturschutz und schafft nachhaltige Arbeitsplätze.

Armin Kraml
Angestellter und Betriebsrat

Hotspot Meinungen zu einem aktuellen Thema

Warum im Herbst KPÖ wählen?

Die KPÖ wird bei der Linzer Gemeinderatswahl im September wieder als „KPÖ und unabhängige Linke“ antreten. Was bewegt Mitglieder und Unabhängige für die KPÖ zu kandidieren? Warum sollen die LinzerInnen bei der nächsten Wahl KPÖ wählen? Das sind einige Antworten:



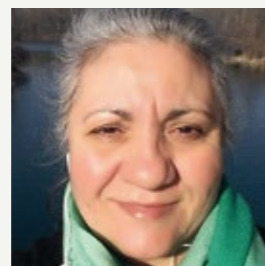
Maria Egger
Sozialarbeiterin

Die KPÖ Linz steht für authentische Kommunalpolitik mit Herz und Hirn. Sie arbeitet im Kollektiv, macht solidarische Politik auf allen Ebenen. Sie verfolgt eine ehrliche und bedingungslose Sozialpolitik, schaut verkehrspolitisch in die Zukunft und denkt bei ihren Forderungen alle LinzerInnen mit. So geht linke Politik.



Walter Hanke
Diplompsychologe

Weil die KPÖ die einzige politische Kraft ist, die konsequent dem Leistungsabbau im Sozialbereich entgegentritt. Sie bekämpft die Privatisierungstendenzen im Gesundheitssektor und in der Alterssicherung. Sie benennt den Kapitalismus als Ursache und will eine solidarische Gesellschaft. Das unterscheidet sie grundlegend von der SPÖ und den Grünen.



Gülsehir Tohumcu
Hilfsarbeiterin

Es braucht eine Partei im Linzer Gemeinderat die für uns alle da ist und keinen Unterschied macht, woher wer kommt. Viel wichtiger als die Herkunft, ist die Frage „Oben“ oder „Unten“. Die KPÖ setzt sich für alle ein, die nicht viel Geld und Macht besitzen, also für uns arbeitenden Menschen.

Wollen Sie mehr über die Linzer **KPÖ** wissen? Kontaktieren Sie uns.

- 📍 KPÖ-Linz, Melicharstraße 8, 4020 Linz
- ☎ +43 (0) 732 652156 (Mo–Fr 8–14 Uhr)
- ✉ linz@kpoe.at
- 🌐 linz.kpoe.at

- 📘 facebook.com/kpoe.oee
- 🐦 twitter.com/kpoe_linz
- 📷 instagram.com/kpoe_linz
- 💬 cafekpoe.blog



Das Team der KPÖ für die Gemeinderatswahl: Maria Egger, Armin Kraml, Ralf Schinko, Gerlinde Grün, Michael Schmida, Christina Pree, Franz Fend (von links nach rechts).

KPÖ wirkt mit Hartnäckigkeit

Die KPÖ startet bei Null in den Wahlkampf. Sie kann auf engagierte Arbeit und auch Erfolge im Gemeinderat verweisen. So erfolgte die Einrichtung eines Kautionsfonds im Jänner 2020 auf Antrag der KPÖ.

Damit werden Menschen mit geringem Einkommen bei der Anmietung einer neuen Wohnung unterstützt. Ohne KPÖ würde es diese wichtige Sozialleistung der Stadt Linz nicht geben.

Reform des Solidaritätsfonds

Ebenso brachte eine KPÖ-Anfrage zum Solidaritätsfonds massive Mängel ans Licht. Bis Anfang 2021 wurden lediglich 3.000 Euro aus dem mit einer Million Euro dotierten Fonds an in Not geratene LinzerInnen ausbezahlt.

Viele Hilfesuchende scheiterten an der bürokratischen Vorgangsweise und bekamen keine Hilfe. Die KPÖ brachte die Sache ins Rollen und im Jänner 2021 wurde der Zugang zum Solidaritätsfonds erleichtert.

Wichtige Schwerpunkte

Die KPÖ arbeitet als breit aufgestelltes Team, das sich neben dem Schwer-

punkt auf Wohnen und soziale Gerechtigkeit auch für eine Verkehrswende, für mehr Lebensqualität in der Stadt, für Miteinanderreden statt Ausgrenzung im öffentlichen Raum und Gleichberechtigung einsetzt. So brachte eine KPÖ-Anfrage zu den Straßenbezeichnungen ein eklatantes Ungleichgewicht zu Tage und sorgte für Empörung: Nur 47 Straßen in Linz sind nach verdienten Frauen benannt, hingegen 510 nach Männern. Die Sicht-

barkeit der Leistungen von Frauen soll nun durch bevorzugte Straßenbenennungen im Linzer Süden gesteigert werden.

Weitsichtige Verkehrspolitik

Auch in der Verkehrspolitik bewies die KPÖ Weitsichtigkeit. Hätte man auf die Kritik der KPÖ an so manchem Prestigeprojekt – etwa an der zweiten Schienenachse – gehört, wären der Stadt nutzlose Planungskosten erspart geblieben.



KPÖ Splitter aus dem Gemeinderat

„Lebendiges Linz“ für alle

Die Einbeziehung aller Gemeinderatsparteien in das Stadtmagazin „Lebendiges Linz“ forderte ein Antrag der Gemeinderätinnen Grün und Leitner-Rauchdobler am 4. März 2021. Derzeit ist das Stadtmagazin ein Selbstdarstellungsorgan der vier Stadtsektorsparteien. Der Antrag wurde dem Finanzausschuss zugewiesen.

Antragsrecht für alle Parteien

Laut Statut können derzeit Parteien mit nur einem Mandat keine eigenständigen Anträge stellen. Ein Gemeinderatsantrag vom 8. April 2021 forderte ein Antragsrecht auch für einzelne GemeinderätInnen. Während die SPÖ diese Resolution an den Landtag unterstützte, blockierten ÖVP und FPÖ die notwendige qualifizierte Mehrheit.

Raser in der Innenstadt bremsen

Eine Verkehrsberuhigung in den Durchzugsstraßen in der Linzer Innenstadt thematisierte eine KPÖ-Anfrage am 27. Mai 2021. Vizebürgermeister Hein (FPÖ) bagatellierte, dass auch bauliche und straßenpolizeiliche Vorkehrungen Unfälle durch Raserei oder andere Verkehrsregelverletzungen nicht verhindern würden.

Freie Plakatierflächen für Initiativen

Neuerlich thematisierte die KPÖ mit einer Anfrage am 1. Juli 2021 freie Plakatierflächen für Non-Profit-Organisationen. Laut Stadträtin Fechter (SPÖ) liegt der Ball nun bei der Polizei und es gibt 20 Standorte für freie Plakatflächen im Linzer Stadtgebiet.

Aktuell, Nummer 4, Juli 2021

Impressum: Medieninhaberin (Verlegerin), Herausgeberin: KPÖ-Oberösterreich, Melicharstraße 8, 4020 Linz, Tel.: +43 (0) 732 652156, E-Mail: ooe@kpoe.at, Web: ooe.kpoe.at; Konto Oberbank, IBAN: AT52 1500 0004 8021 9500, BIC: OBKAT2L, Druck: druck.at, Leobersdorf. Fotos: Archiv, Moser, Scheinost



Leerstand nutzbar machen

Obwohl viele Menschen dringend eine Wohnung suchen, stehen Wohnungen, Büroflächen und Geschäftslokale leer. Allein in Linz sind laut Bericht der öö Landesregierung 8.946 Menschen dringend wohnungssuchend gemeldet.

Für Linz gibt es derzeit allerdings keine Erhebung von leerstehenden Immobilien. Die KPÖ fordert daher seit Jahren eine Erhebung von Leerständen durch die Stadt. Ein Leerstandsberichts könnte die Basis für eine Leerstandsabgabe, eine Umwidmung oder ein Einweisungsrecht schaffen. So gibt es etwa in Wien eine eigene Leerstandsagentur damit leerstehende Häuser

einer Nutzung zugeführt werden oder in Tirol sieht ein Maßnahmenpaket auch eine Leerstandsabgabe vor. Ein Antrag der KPÖ für die Erstellung eines Leerstandsberichts wurde allerdings in der Juli-Gemeinderatssitzung mehrheitlich abgelehnt. Die Interessen der Wohnungssuchenden sind der SPÖ, ÖVP und FPÖ kein dringliches Anliegen.

Wie weiter mit der Sintstraße?

2008 verkaufte die Stadt die 18 zweigeschoßigen Häuser mit 144 Wohnungen an die GWG. Seit 2012 steht das einzigartige Ensemble unter Denkmalschutz.

Der ehemalige Stadtbaumeister Kühne hatte die Arbeitersiedlung 1927 als Gartenstadt geplant. Spartanischer Wohnraum mit viel Grünraum rundherum. Die GWG scheute aber angesichts der Auflagen des Denkmalschutz vor einer Revitalisierung zurück. 2020 verkaufte die GWG das Areal um 3,9 Millionen Euro an die Strabag Real Estate, nur ein kleiner Teil blieb im Eigentum der

GWG. Die KPÖ warnte ungehört vor der Privatisierung und vor der Abschiebung der politischen Verantwortung für das kulturelle Erbe der Stadt. Zurecht, denn nun ist die Aufhebung des Denkmalschutzes für einen Teil der Sintstraße spruchreif. Klar ist, dass die Strabag Real Estate ein gutes Geschäft gemacht hat. Statt leistbarer Mietwohnungen sollen Eigentumswohnungen entstehen.

Umkämpfter Raum

Öffentliche Räume spielen für unser gesellschaftliches Zusammenleben eine zentrale Rolle, prägen das Bild einer Stadt und sind ein wesentlicher Teil der räumlichen und sozialen Struktur, so auch in Linz.

NutzerInnen stellen oft unterschiedliche Ansprüche an diese Räume, wobei es zu Konflikten und Ausverhandlungsprozessen kommt. Die Linzer Stadtregierung setzte in den letzten Jahren auf Maßnahmen wie Verbote, Wegweisungen und verfolgte damit eine Verdrängungspolitik, die ihre Spuren hinterlässt.

Im Zuge eines Stadtrundgangs begab sich am 21. Mai eine Gruppe auf Spurensuche und besuchte ausgewählte öffentliche Orte in Linz. Mit Begleitung von Christina Pree, die sich im Zuge eines wissenschaftlichen Forschungsprojektes mit den Themen öffentlicher Raum, Gemeinwesenarbeit und der Stadtwache Linz beschäftigte, startete der Rundgang am Südbahnhofmarkt und endete im Volksgarten. Im Zentrum stand die Frage, wie wir Räume für alle gestalten können. Gezeigt hat sich, dass vieles möglich wäre. Vor allem, dass es eine bewusste Gestaltung unserer Linzer Plätze und Parks bedarf, um Nutzungskonflikten vorzubeugen.

Leider wollen SPÖ, ÖVP und FPÖ nichts von Lösungen wissen, sondern setzte die Verdrängungspolitik mit neuen geplanten Alkoholverboten im Schillerpark und Volksgarten fort.